

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu bestellen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.80, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die lehrgesetzte Zeitung oder deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 80 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 290.

Donnerstag, den 12. Dezember 1918.

25. Jahrg.

Die Sozialisierung.

III.

Krieg und Sozialisierung.

Wir werden bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen fehlgehen, wenn wir nicht stets die Wirkungen des Krieges im Auge behalten. Das gilt natürlich umso mehr, je größer die Aufgaben wir uns stellen. Die größte in ihrer Bedeutung, in ihrer Schwierigkeit gar nicht hoch genug zu wertende Aufgabe ist die Sozialisierung. Wir dürfen nicht übersehen, daß die Kriegsjahre nicht bloß gewaltige Einbußen bester und tüchtigster Menschen gezeitigt haben und von den einschneidendsten, aber noch lange nicht ganz begriffenen wirtschaftlichen Folgen sind, wir müssen uns auch bewußt sein, daß während der Kriegsjahre die sozialistische Schule der Arbeiter und Arbeiterinnen zum Stillstand gekommen ist. Die Arbeiter haben während des Krieges nicht gelernt, sondern naturnächst während der vier Jahre sehr vieles von dem verloren, was zu ihrer sozialistischen Durchdringung vorher geleistet werden war. Deshalb sei an einen Satz von August Bebel erinnert, der einmal sagte:

„Die Voraussetzung zum Siege der sozialen Bewegung ist nicht die Zahl der Faust, sondern die Zahl der klaren Köpfe, des starken Willens. Liefer auf der einen Seite die gesellschaftliche Entwicklung alle Bedingungen und die notwendigen Elemente für den kommenden Sieg des Sozialismus, so ist es auf der anderen Seite Sache aller derjenigen, die in der Bewegung stehen, durch unausgesetzte, zähe und aufopfernde Auflärungsarbeit, die Elemente zu schulen, durch die allein der Sieg ermöglicht werden kann.“

Die völlige Zerstörungsarbeit des Krieges werden wir erst vollkommen erfassen, wenn wir den Friedensvertrag mit den Gegnern unterschrieben haben werden und wenn die Finanzmaßnahmen des Reiches bekannt sein werden. Wir werden uns klar machen müssen, daß auch die von uns sozialisierten Betriebe schwere Lasten zu tragen haben werden, daß es völlig unmöglich sein wird, sie nur den nichtsozialisierten Betrieben allein aufzubürden. Auch die sozialisierten Betriebe werden mit allen wirtschaftlichen Nachwirkungen dieses zerstörenden Krieges zu rechnen haben. Das wollen wir gründlich überdenken, wenn wir die einzelnen Betriebe darauf prüfen, ob wir sie sofort oder bald oder erst später sozialisieren sollen.

Noch von einem anderen Gesichtspunkte erscheint der Krieg für die Beurteilung der Sozialisierung von großer Wichtigkeit. Die Bourgeoisie schreit bei dem Worte Sozialisierung zusammen. Aber die Bourgeoisie sollte sich bewußt sein, daß ihr das bei der Sozialisierung Harte, Peinliche, sie Schädigende nicht erspart worden wäre, wenn die Revolution der Arbeiter und Soldaten nicht gekommen wäre. Der Krieg ist wahrlich nicht verloren gegangen durch die Schuld der Sozialdemokraten. Alles spricht dafür, daß, wenn Wilhelm II., Ludwig III. und die übrigen 20 Bundesfürsten trotz des verlorenen Krieges erhalten geblieben wären, die Bedingungen des Friedens noch weit härter gewesen wären als die uns jetzt bedrohenden. Wir hätten auch für 22 Bundesfürsten und ihre Frauen, Kinder, Geschwister, Enkel, Tanten und Neffen zu sorgen. Wir hätten, um die ungeheuren Leistungen für die Verzierung der Kriegsschulden, für Invaliden, Kriegerwitwen und Kriegerverwaisen, für die Friedensbedingungen und für die Übergangswirtschaft aufzubringen, vor den auf das tiefste in das wirtschaftliche Leben eingeschneidenden Maßregeln nicht zurückgeschrecken können. Diese wären nicht milder ausgefallen als die von uns in Aussicht genommenen. Jedenfalls wäre eine große Anzahl von Betrieben in staatliche Verwaltung gekommen, wir hätten einen außerordentlich ungünstigen Staatskapitalismus in Deutschland erwachsen sehen. Dieser Staatskapitalismus hätte den privaten Kapitalismus erlegt, ihn somit aus zahlreichen Wirkungsgebieten ausgehalten, ihn also ebenso verdrängt, wie das auf dem Wege der Sozialisierung geschehen wird.

Der Widerstreit des Kapitalismus gegen die Sozialisierung ist durchaus begreiflich. Wer die Bourgeoisie sollt sich klar sein, daß sie auch ohne Revolution nicht wirtschaftlich besser gebettet worden wäre. Nicht unbedrängt privatwirtschaft und Sozialisierung ist der Gegensatz mit dem die Bourgeoisie zu rechnen hatte, sondern rücksichtsloser Staatskapitalismus oder einschneidende Sozialisierung. Wir wollen uns der Bourgeoisie nicht besser darstellen als wir sind. Dem ganzen Volk muß klar gemacht werden, daß es auch ohne soziale Revolution auf das tiefste einschneidende wirtschaftliche Maßnahmen geben hätte, die kaum deshalb leichter zu tragen gewesen wären, weil sie von einem geschlagenen kapitalistischen Staat herrührten. Mit all der Bürokratie, mit allen Schwierigkeiten einer eingerosteten Verwaltung hätte man rechnen müssen, wenn wir den Regierungen und den bis zur Revolution herrschenden Parteien die Aufgabe überlassen hätten, den Krieg zu liquidieren. Der Krieg hat — wir sagen das unter manigfachen Vorbehalt — den Sieg des Sozialismus erleichtert. Der Krieg hat aber jedenfalls auch wenn die politische Revolution nicht eingetreten wäre, das prekärkapitalistische System auf das

tiefste erschüttert, natürlich vor allem in den Staaten, die besiegt wurden. Aber auch die Sieger werden bald die harren Nachwirkungen des Krieges und die tiefen Erschütterungen des privaten Wirtschaftssystems, die er verursacht hat, begreifen.

Der Krieg hat nicht nur auf den Schlachtfeldern verwüstet und ungeheuerliche Opfer gekostet, der Krieg hat auch die Menschen im Hinterland tief in Mitleidenschaft gezogen. Am längsten werden die Katastrophen aber nachwirken, die er für die Volks- und Privatwirtschaften aller Staaten, Deutschlands und Österreich-Ungarns vor allem, im Gefolge haben wird. Die Bourgeoisie, die der Sozialisierung zähneklappernd gegenüberstehen, sollen sich klar sein, daß auch ohne die Machtergreifung des Proletariats über den Staat ihre Wirtschaft nicht so aufrecht zu erhalten gewesen wäre, wie sie vor dem Kriege war, auch ohne den Sieg des Proletariats hätten sie mit den auf das tiefste einschneidenden Maßnahmen in die ganze Wirtschaft, mit der äußersten Beschränkung ihrer Verfügungsgewalt über das Kapital zu rechnen gehabt. Selbst für die verbissenen Antisozialisten ist zu erwägen, ob etwa das, was der alte Staat den Privatwirtschaften aufgezwungen hätte, leichter zu ertragen gewesen wäre, als das, was die Sozialisierung zeitigen wird. Der alte Staat hätte lediglich unter dem Gesichtspunkte höchster Erträgnisse des Steuersäufels die Wirtschaft revolutioniert. Wir wollen die Revolutionierung der Wirtschaft durch die Sozialisierung im Interesse des ganzen Volkes zur Hebung des Wohlbefindens und der Kultur unserer Nation, im Interesse der Erholung und Sicherung des deutschen Volkes nach einem jüngst sehr zerstörenden Krieg, für den wir uns frei fühlen von aller Schuld.

Um das werktätige Volk Deutschlands!

Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und der Arbeitnehmer verbindet sich mit folgendem Aufruf an das werktätige Volk Deutschlands:

Was kann uns retten? Uns allen droht der Untergang! Die unerhörten feindlichen Waffenstillstandsbedingungen und die überhastete Demobilisierung schädigten das Räderwerk unserer Wirtschaftsmaschine auf das schwerste. Arbeitsgeist und Ordnungsklima sind gelöscht. Viele verharren in Unaktivität. Der Überfüllung der Großstädte gegenüber steht der Arbeitermangel in den Industriebezirken und in der Landwirtschaft. Arbeitnehmermangel herrscht im Bergbau. Die Kohle ist die Kraftquelle der Weltwirtschaft. Das Kohlennott ist höchst gestiegen. Die Fabriken müssen feiern; wir müssen frieren und warme Kleidung und Wohnung entbehren. Arbeitslose, helft die Kohle fordern! Arbeitermangel herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie. Das Eisen ist das Rückgrat des Erwerbslebens. Ohne den eisernen Pflug und Spaten gibt es keine Ackerbestellung, keine Ernte, daher keine Nahrung; ohne eiserne Maschinen, keine Textilindustrie, daher keine Kleidung; ohne eiserne Werkzeuge und Geräte, keine Bauaktivität, daher keine Wohnung; ohne Eisen keine Lokomotiven, keine Eisenbahnwagen und keine Schiffe, daher kein Verkehr. Arbeitslose, helft Eisen schaffen! Arbeitermangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe. Das Transportgewerbe ist das Triebwerk des Volkslebens. Unsere Verkehrsmittel sind abgenutzt. 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen nahm die Entente weg. Mit dem verbliebenen Rest müssen wir gut wirtschaften. Ohne schnelle Entladung kein geregelter Güterumslauf. Arbeitslose, helft den Güterverkehr befreimigen! Arbeitsmangel herrscht in der Land- und Forstwirtschaft! Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Die Kartoffeln stehen noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Milchwesen fehlt die Brüfe. Das Getreide bleibt ungedroschen, und das in der Zeit der größten Nahrungsmittelnknappheit! Bäume werden nicht gefällt, es fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz. Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Ein Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Ein Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeitslosen! Bleibt nicht in den Großstädten! Arbeitslosigkeit wird noch lange fehlen, weil Roh- und Hilfsstoffe nicht herankommen und die Aufträge ausbleiben! In die überfüllten Fabriken der Großstädte strömen jetzt die Feldgrauen ein, die Recht auf ihren alten Platz haben. Arbeiter, Ihr habt Euer Schiff in der eigenen Hand! Wer nicht arbeitet, versündigt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst. Nach wie in seiner Geschichte war das deutsche Volk auf Geduld und Verbergen so auf gemeinsame Arbeit angewiesen wie in den nächsten Wochen und Monaten. Volksgenossen, erkenn und übt mehr Solidarität! Stärkt den Arbeitswillen und das Verantwortungsbewußtsein, sonst macht Ihr Euch missglückt am Untergang unseres Volkes. Arbeitstüte, meldet Euch bei den Arbeitsnachweisen, holt Euch Rat bei den Demobilisationsausschüssen in den Stadt- und Landkreisen. Bei Arbeitsnachweis ist freie Eisenbahnsahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

Um die Einheit des Reichs.

In den letzten Tagen häusen sich Kundgebungen aus dem Westen des Reiches, die unter dem Vorwand, daß es den Volksbeauftragten in Berlin nicht gelingen werde, das Reich zusammenzuhalten, zur Gründung einer rheinischen Republik aufzutreten. Es war klar, daß dahinter sich reaktionäre Kräfte verbargen. Die Scheu vor der freiheitlichen und sozialistischen Entwicklung, die im neuen deutschen Volksstaat angehoben ist, war es, vor der die Dunkelmänner des Westens flüchten wollten, und um dafür die Bevölkerung des Rheinlandes einzutragen, erfanden sie und verschickten fortgesetzte Nachrichten, denen zufolge die Entente sich geweigert hätte, mit Berlin Frieden zu schließen. Gegen dieses volksvertreterische Treiben richtet sich nun der nachstehende Aufruf des Rates der Volksbeauftragten.

An das deutsche Volk!

Am 4. Dezember 1918 forderten zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsabgeordneter, die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien in Rheinland, Westfalen und in anderen Ländern am Rhein auf, die Proklamierung der dem deutschen Reich angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht Abtrennung und Selbständigung ehemaliger Teile des Reiches oder Preußens von dem Gesamtgebiet ist, sondern eine kraftvolle Zusammenfassung aller Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und vollständig regelt. Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufenen deutsches Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden, dabei wird auch das Schicksal des künftigen preußischen Staates endgültig bestimmt werden. Die Neuregelung seines Staatsgebietes dürfte durchaus im Gange der wahrscheinlichen Entwicklung liegen, und hierbei verfassungsmäßig mitzuwirken, sind diejenigen „anerkannten Vertreter des Volkswillens“ berufen, die auch im Rheinland und Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden.

Aus entschiedenster aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung gegen Bestrebungen ein, wie sie in Köln zutage traten. Die Einheitlichkeit des Reichs wird nicht „gewahrt“, sondern gefährdet durch die völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen. Vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geschaffen, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen. Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch in Rheinland und Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen hat und sich gegen jeden Versuch der Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten Reiches und ihre provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche offener oder verdeckter Art zu vereinigen und dementprechend zu handeln.

Berlin, den 11. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Landsberg, Barth,

Dittmann und Scheidemann.

Dr. Preuß, Staatssekretär.

Waffenstillstand und Frieden.

Durch die Presse schwirren die legenden Tage ständig Gerüchte, daß die Entente bei den heute beginnenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstands in Eiler eine Erklärung abgebe, nach der sie nicht mehr in das in der Entente vereinbarte in der jeweiligen Regierung und den Arbeitern und Soldatenräten zu verhandeln, da sie darin keine Vertretung des ganzen deutschen Volkes erblicken. Es heißt dann weiter im Kabinett schwierige Verhandlungen über die Einberufung des Reichstags. Bei all diesen Nachrichten stellt sich immer deutlicher heraus, daß bei Wunsch hier der Vater des Gedankens ist. Die Reichsregierung selbst erklärt diese Nachrichten für falsch und sie werden zum Teil durch Meldungen aus deutschen Kasernen widerlegt. So hat die englische Waffenstillstandsmission noch den notwendigen Ausklang keine Einpruch erhaben, als sich beim Empfang dieser Kommission und bei der Abschließung der Schiffe in Wilhelmshaven Arbeitern und Soldaten die Festigkeiten. Nach Vorlegung eines

Sicherungsschoses, der für das ganze Oldenburger Gebiet und Ostwestfalen Gültigkeit hat, wurden die A.- und S.-Räte auch in Bremen erhalten zugelassen. Das Gesetz über die Abreise ist lediglich auf entstehende Berichte der bürgerlichen Presse zurückzuführen.

Holländisches Neumagazin meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung hat ihre Meldung an Berlin und Wien wiederholen lassen, daß sie keinerlei direkte Mitteilungen in Empfang zu nehmen bereit sei, die für alle Alliierten bestimmt sind.

Oberst House hat erklärt, Amerika würde an einem Gewaltfrieden im alten Stil, etwa in der Form des Friedens von Brest-Litowsk, nicht teilnehmen und nicht unterzeichnen.

Gegen schwere Verleihungen des Waffenstillstandsausschusses wurde deutscherseits erneut Protest erhoben. Al. sind aus dem Landkreis Saarbrücken 200 ehemalige Soldaten abgesetzt worden, obwohl sie völlig ordnungsgemäß entlassen waren.

Ferner wurde gegen die schlechte Behandlung des Eisenbahnpersonals bei der Materialablieferung Einspruch erhoben. In Brüssel wurden etwa 80 höhere deutsche Beamte und Eisenbahnpersonale in zwei Kommissionen untergebracht, in denen nicht einmal für Beute gesorgt war. Gerechte Beschwerden werden über die Behandlung des Eisenbahnpersonals in Lüttich vorgebracht. Sie wurden unter Bewachung zum Essen geführt, von der Menge beschimpft. Rauchen und Sprechen verboten, die Annahme deutschen Papiergeldes verweigert usw. Es handelt sich hier um Leute, die auf Insicherungen fochs nach Belgien gekommen sind.

Um einen Notstand unter der Bevölkerung und den Pensionären in Elsass-Lothringen nicht auftreten zu lassen, eracht die deutsche Waffenstillstandskommission, daß Frankreich ihnen bis zur Ratifikation des Friedensvertrages die Gehälter und Pensionen vorläufige auszahl, vorbehaltlich der endgültigen Regelung durch den Friedensvertrag.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein sonderbares Angebot.

Herr v. Sagow, ehemals Polizeipräsident von Berlin, jetzt Regierungspräsident in Dresden, veröffentlicht die folgende Erklärung:

"Ich bin Royalist. Aber mein König hat abgedankt. Ich bin der Kronprinz. Das Königreich ist daher für mich zu einem lediglich ein ideales Gedanke. Bekämpfen kann ich nur in Dankbarkeit für das, was die Hohenzollern in 500 Jahren getan haben, nur durch Weiterarbeit an ihrer Entwicklung, nämlich Preußen und dem Deutschen Reich. Dazu stelle ich mich in den Dienst der heim-tatächlich vorhandenen Staatsform, unabhängig, als das Vaterland sehr bedroht, und vielerlei Aufgabe ist ihm Bolshevismus fernzuhalten."

(gez. v. Sagow, Regierungspräsident.)

"Wir halten es gewiß für menschenwert, daß sich bis auf weiteres die Beamten des alten Regimes in den Dienst des neuen stellen und an der Weiterführung der Geschäfte mitarbeiten. Solche Unterstützung muß, wenn sie loyal angehört wird, loyal entgegenommen werden. Aber wir können nur empfehlen, der Besitztumlichkeit des ehemaligen Berliner Polizeipräsidiums gegenüber doch einige Vorsicht walten zu lassen. Der Bolshevismus muß ferngehalten werden, aber Herr v. Sagow fernzuhalten dürfte vielleicht auch notwendig sein, bemerkt dazu mit Recht das 'Berl. Tag.'

Eine freiemmer Wunsch der Reaktionäre.

Das "Berliner Tagebl." berichtet: Der britische konservative Dienst veröffentlicht folgende Meldung: Die gegenrevolutionäre Bewegung in Berlin will einen Bürgerkrieg. Dessen Ausbreitung würde, wie verlautet, besonders blutig werden. Daher ergebt das Volk die Hilfe der Alliierten und verlangt, daß sie ihre Besetzung bis nach Berlin zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausdehnen. (?)

Nachdem es den Machenschaften reaktionärer Kreise nicht gelingen will, durch Unruhe der verhassten Revolution den Sturz zu machen, wäre es nicht unmöglich, daß sie auf diese Weise das Vaterland verkauften, um der Freiheit den Strick um den Hals zu legen.

Ausweisung des deutschen Gesandten in Spanien.

Halbamtlich wird aus Madrid gemeldet, daß der neue Premierminister Romanones den deutschen Gesandten Prinz Matiáns auf Grund seiner Spionage-Propaganda ausweisen wird.

Sind denn unsere jüngsten Diplomaten noch immer vom Teufel besessen, daß sie die Gefahr der völligen Isolierung Deutschlands nicht erkennen? Seht mirn wir auch den Grund der Abberufung des spanischen Gesandten in Deutschland, der nicht erlegt werden soll, bis Deutschland eine gefestigte Regierung hat. Damit haben wir jede diplomatische Verbündung mit dem neutralen Spanien verloren. Das denken wir dem Prinzen Matiáns! Für das Auswärtige Amt wäre es eine verantwortliche Tat, wenn es mit eisernen Griffen seine Wirkung auf den zweitgrößten Elementen der protektierter Adelsdipomatie wüchse. Wie wollen uns das bösen Sympathie, das wir im Ausland noch befreien, von solchen Füreignern und Ratten nicht vollenends verderben lassen.

Die preußische Regierung gegen Losrennungen.

Die in verschiedenen Gegenenden des preußischen Staates geäußerte Meinung, Teile von Preußen loszulassen, oder in Preußen eigenmächtig unabhängige Verträge auszugeben, geben uns Verunsicherung, daraus hinzusehen, daß solche Verhandlungen das unbedingt geforderten und deshalb mit allen zu Schote stehenden Stützen beläuft werden müssen. Dies gilt insbesondere auch für diejenigen gemäßigtprotestantischen Landesteile Preußens, über die künftige Zugehörigkeit erst durch den Friedensvertrag bestimmungen getroffen werden. Sämtliche preußischen Behörden werden angewiesen, sich nach diesen Vorrichtungen unweigerlich zu richten. Allen dem zuwidderstehenden Eingriffen ist unbedingt entgegenzuwirken. Auch erwarten wir in jedem einzelnen die wichtigste telegraphische Anzeige.

Die preußische Regierung

Der Krieg, Siedlung, Brücke, Eisen- und Adalts Hoffmann, Koblenz.

Bei Jozes Gelehrten gegen Haate und Sterb.

Das Berlin wird uns gebrieben: Was ist noch hier durchzukriegen, um welche Tarecks und am nächsten ein Sohn seine Erfüllungsschancen gegen die Sieger des Krieges und somit die Unterwerfung der Alliierten zu gewinnen?

nur vermuten, daß es sich um den machiavellistischen Versuch handelt, mittelst zwei Volksbeauftragten dem deutschen Volk als Agenten einer ausländischen Regierung zu benutzieren, die Stabilität der deutschen Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung ernstlich zu erschüttern und dem spätkonservativen Lohwabohu eine Hölle zu bahnen.

Einigung der liberalen Parteien in Baden.

Es ist nun mehr zwischen der Demokratischen Partei und der Badischen Volkspartei eine Vereinbarung derart getroffen worden, daß die Badische Volkspartei in die Demokratische Partei eintritt. Damit ist die Einigung aller liberalen Parteien in Baden endlich zustande gekommen.

Gewaltige Erhöhung der Eisenbahntarife.

Wie aus Berlin berichtet wird, ist damit zu rechnen, daß sich das gegenwärtig laufende Haushaltsjahr 1918 ein Defizit von 1½ Milliarde bei der Eisenbahndienstverwaltung eintragen wird, und es sind keinerlei Momente vorhanden, die für das Jahr 1919 günstigere Aussichten liefern. Zur Deckung der Schätzträge ist geplant, einen allgemeinen Zuschlag auf alle Gütertarife in Höhe von 60 Proz. einzutragen zu lassen, und zwar als vorübergehende Maßnahme. Beim Personenverkehr soll eine Staffelung in den Zuschlägen eintreten. Die vierte Klasse soll mit 20 Prozent, die dritte mit 25 Prozent, die zweite mit 35 Prozent und die erste Klasse mit 100 Prozent mehr als bisher belastet werden. Der Vorortenverkehr, der Arbeiter- und Schülerverkehr sollen keine Zuschläge erhalten, namentlich auch mit Rücksicht auf eine gesunde Wohnungspolitik. Für die Zukunft ist auch eine andere Klasseneinteilung in Aussicht genommen. Es soll künftig nur noch zwei Klassen geben, eine gepackte und eine ungepackte, und für die neu zu errichtenden elektrisch betriebenen Strecken soll überhaupt nur eine Klasse geführt werden. Die jetzt notwendig werdenden Personen- und Güterzuschläge müssen von Preußen und Hessen einheitlich mit den anderen Bundesstaaten durchgesetzt werden. Kein organisatorisch sind Vorarbeiten notwendig, die das Inkrafttreten dieser Erhöhungen nicht vor dem 1. März oder 1. April möglich erscheinen lassen.

Eine Volksvertretung für Sachsen.

Ein sozialdemokratischer Bezirkstag für Sachsen hat gegen war eine Stimme abgelehnt, eine Volksvertretung für Sachsen zu bilden, und sie gleichzeitig mit den Wahlen für die Nationalversammlung wählen zu lassen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Rückungen im Osten werden fortgelebt. Die Heeresgruppe Mackensen hat den Befehl, den Rückmarsch mit der Bahn und im Fußmarsch fortzusetzen. Eine Reihe weiterer Formationen der Heeresgruppe sind in Deutschland eingetroffen.

Die polnisch-amerikanischen Divisionen unter dem Befehl des Generals Haller sind nach Le Havre abgereist, wo sie sich nach Danzig einschiffen werden, um die Provinzen Posen und Schlesien zu besiegen und ihr Hauptquartier in Posen aufzusiedeln.

Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover hat mit Finnland ein Abkommen getroffen, wonach Finnland gegen Frachtaufreicherung monatlich 1000 Tonnen Getreide erhält.

Die Berliner Fabrikanten fördern Soldatenkäufe, schließen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, nachdem sie auf dem Boden der Unabhängigen Partei stehen, die dasselbe getan haben. Zweck soll sein, ein weiteres Zersplittern, sowie ein gegenseitiges Bekämpfen der beiden Bruderparteien zu verhindern.

Die Vertreter der L.- und S.-Räte sowie die Vertreter der thüringischen Staaten saßen den Beschluß zu einheitlicher staatlicher Gestaltung des gesamten Thüringen.

Die Revolutionsfeier am 1. Januar soll laut Beschluß des preußischen Staatsministeriums nicht abgehalten werden.

Die wegen Hochverrats verhafteten Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen, Eduard Stinnes, sowie verschiedene Direktoren sind freigelassen worden.

Staatssekretär Dr. Solf hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Die Reichsleitung trägt sich, wie das "Berliner Tageblatt" meldet, mit der Absicht, eine Volksmehr zu bilden.

Ein Befehl des Generalstabs der 10. italienischen Armee erklärte alle Männer Deutschlands im militärischen Alter als kriegsgefangen und dienstpflichtig für das italienische Heer.

Die deutsche Vaterlandspartei zeigt mit einem Stoffensatz ihr Verschwinden aus dem deutschen Parteigebiete an.

Der Belltagessrat hat beschlossen, daß die Opfer des 6. Dezember gemeinsam von der Stadt Berlin, und zwar vom Humboldthain aus im Friedrichshain, bestattet werden.

Dänemark.

Strafurteil über Syndikalisten. In Kopenhagen wurden drei hervorragende Syndikalisten, der Vorsitzende Lauritz Hansen und die zwei Redakteure des Syndikalistenblattes "Solidarität", Christensen und Nils Jensen zu zwölf, acht und achtzehn Monaten Zuchthaus verurteilt. Viele andere Syndikalistenführer erhalten kleinere Freiheitsstrafen. Die drei genannten Verurteilten nahmen als Urheber und Rädelsführer der großen Syndikalaussetzungen in Kopenhagen an, die vor einiger Zeit stattfanden und bei denen u. a. die Börse gefeuert wurde.

England.

Vormarsch der Bolschewisten. Wie die Presseableitung der baltischen Lande mitteilt, nähert sich der bolschewistische Landeskrieg, infolge des Abtritts der deutschen Truppen von Riga bereits Mittel-Europa. Für den Friede ist jedoch, ohne das Riga vor Hunger stirbt und um Riga selbst zu schützen, organisiert der deutsch-baltische Nationalausschuß in Riga Landwehr-Kampagnen, die gemeinsam mit den Truppen der lettischen Republik die bolschewistischen Einfälle zurückzuschlagen sollen.

Frankreich.

Sozialistische Fortbewegung.

Pariser Wähler teilen mit, daß Sonntag nachmittag eine große Versammlung im Pariser Gewerkschaftshaus stattgefunden hat, in der Aufklarung, Demobilisierung und allgemeine Auseinandersetzung gehabt wurden. Das Blatt "Populaire", das als einziges Blatt weiter, von der Zensur stark gekürzte Mittel bringt, berichtet ferner, Gerechtigkeit und allgemeine Verbesserungen werden verlangt und die Notwendigkeit einer Aktion angedeutet, der sozialistischen Revolution immer wieder beipflichtet. Der Comité Sociale Sociale bewirkt den Sozialismus als den Krieger des Krieges und schafft die Unterwerfung der Alliierten.

Der Wortlaut der einstimmig angenommen Resolution wurde vor der Zensur vollständig unterdrückt. "Populaire" wendet sich gegen den angeblichen Kolonialismus Frankreichs, der mit dazu beigebracht hat, die Kriegsatmosphäre in Europa zu erhalten. Das Blatt erklärt, es würden alle Dokumente und Abmachungen zwischen Frankreich und den Orientstaaten seit Kriegsausbruch veröffentlicht werden.

England.

Generalstreikdrohung der Eisenbahner. Die nationale Union der Eisenbahnerangestellten beschloß, die Übereinkunft mit der Regierung zu kündigen, derzufolge die Beratung über die Forderungen der Angestellten bis zur Beendigung der Feindseligkeiten aufgelöst werden sollte. Die Angestellten bestehen jetzt auf der Durchführung des, auch stillständigen Arbeitstages und drohen mit dem nationalen Streik, falls ihre Forderungen nicht sofort befriedigt werden.

Amerika.

Gompers und der Frieden. Der bekannte Gewerkschaftsführer Gompers fühlt sich tiefschön, weil er bei der Auswahl der Friedensdelegation übergangen wurde. Er tritt deshalb dafür ein, daß die internationale Arbeiterschaft zur gleichen Zeit wie die Regierungsvertreter eine Friedenskonferenz abhalte. Gompers wird selbst an die Spitze der amerikanischen Arbeiterschaft treten. Als sein Friedensprogramm hat er folgendes bekannt gegeben. 1. Der Bund der freien Völker sieht unter der gemeinsamen Verpflichtung einträchtiger und kräftiger Zusammenarbeit in Gerechtigkeit, um dadurch Frieden in den Beziehungen der Nationen herzuführen; 2. keine politische und wirtschaftliche Einschränkung, die lediglich Vorteile für gewisse Nationen bedeuten und andere verkrüppeln und knebeln; 3. keine Repressionen zu rücksichtigen Zwecken oder um Verdacht Schaden zuzufügen, sondern vielmehr Richtigstellung offensuren Unrechts; 4. Anerkennung der Rechte kleinerer Nationen und grundsätzlich, daß kein Volk mehr unter eine Herrschaft gezwungen werden kann, unter der es nicht zu leben wünscht; 5. keine Gebietsveränderungen und Machttausch außer zur Förderung des Weltfriedens. — Inzwischen sind bereits vom Intern. Soz. Bureau Einladungen zu Konferenzen ergangen.

Ernährungsfragen.

Der "Vorwärts" schreibt: Die "Börsische Zeitung" brachte auszugweise eine Note, die das Ernährungsamt an das Auswärtige Amt gerichtet hatte und in der festgestellt wird, daß etwa im Februar Deutschland keine Vorräte ausgezehrt haben wird. Wie wir dazu aus besserer Quelle erfahren, gibt diese Note tatsächlich den wirklichen Standpunkt unserer Ernährung wieder. Die alte Regierung hat über unsere Vorräte Berichte abgegeben, die den Tatsachen nicht entsprochen haben. Es haben sich Fehlbeträge bis zu einer Million Tonnen ergeben. Durch die politischen Umwälzungen ist die Lage noch übler geworden.

Drohende Hungersnot im diesem Winter.

Reuter meldet aus London: Der zurückgetretene Lebensmittelkontrolleur Ghines weiß in einem Briefe an den Präsidenten des Lebensmittelkomitees darauf hin, daß die Lage der Lebensmittelversorgung der Welt noch einige Zeit beorgnisreitend bleiben werde. Weite Gebiete Europas seien im kommenden Winter von Hungersnot bedroht. Deshalb müßten die hauptsächlichsten Sicherungsmaßnahmen für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel während des Winters und des Frühlings in Kraft bleiben.

Die Aussichten unserer Broterverförgung.

haben sich in den letzten Tagen dadurch verbessert, daß infolge des französischen Weiters die Hackenrührteile teilweise rascher als erwartet beendigt wurde. Dadurch sind viele Hände frei geworden, sodass die Bemühungen der Reichsgetreidekette und der Edminalienverbände den Erfolg hatten, daß mehr Getreide als erwartet wurde, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr in vollem Umfang aufrechterhalten wird, werden sich die Eingänge an Broterzeugung über den 7. Februar hinaus gesenkt.

Gegen den Bucher.

Im Ministerium des Auswärtigen in München erschien eine Aufführung des Münchener Stadtmagistrats, welche an die Regierung des Volksstaates Bayern das dringliche Eruchen richtete, unverzüglich die energischsten Maßnahmen gegen alle Schmarotzer von dem Schlag Süder Bachs zu ergreifen. Sie stellen der Regierung anheim, ein Gesetz zu schaffen, das die Einjährigkeit der Todesstrafe auf jeden Bucher, Ausleug oder nachweislich. Wucher- geschäfte betreibenden Unternehmungen und Einziehung der gesamten Bucherobjekte und der wucherlich erworbenen Vermögens des Geschäftsinhabers zu wohltätigen Zwecken vorstellt. An Süder Bach bittet die Abordnung im Namen der Bürgerschaft und des gesamten erwerbenden Volkes das erste Exemplar zu statuieren. Der Ministerpräsident sagte raschste Maßnahmen seitens der Regierung zu.

Aus Süden und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 12. Dezember.

Der Bürgerausschuss empfahl der Bürgerschaft nachfolgende Senatsanträge zur Mitgenehmigung: Verstärkung der Mittel für das Allgemeine Krankenhaus (258 950 M.); Verstärkung der Mittel für die Behörde für das Feuerlöschwesen (46 000 M.); Verstärkung der Mittel für den Gartenbau (15 900 M.); Schaffung der Stelle eines technischen Bureauvorstehers bei der Bauverwaltung und weitere Aussicht von 5000 Mark (Kosten 8500 M.) Mitgenommen wurden: Genehmigung von 92 000 M. für Einquartierungsziwe; Grundstücksaustausch mit dem Kaufmann Carl Schwien; Nachbemäßigung von 2864,65 Mark auf die Ausgaben der Forstverwaltung und Bemäßigung von 1238,35 M. für die Abteilung III des Stadt- und Landamts. Kommissionserhebung wurde beschlossen bei den Senatsanträgen auf Bau eines Schulhauses für eine Doppelmittelschule, in der Vorstadt S. Jürgen (Ecke Falterstraße und Gallenwiese), sowie Umwandlung von Komplizen- in Assistentenstellen und von Assistenten- in Sekretärstellen übernehmen. Der letzteren Kommission wurde auch eine Eingabe auf Umwandlung weiterer Assistentenstellen in Sekretärstellen überreicht.

Grundlage für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.

In den Bestimmungen über die Verpflegung der zur Entlassung kommenden Heeresangehörigen sind auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen einige Änderungen vorgenommen worden. Der Übergang aus der militärischen Verpflegung in die zivile Lebensmittelversorgung ist nunmehr folgendermaßen geregelt:

1. Die Gruppe beschreibt die aus dem Heeresdienst zu Ende senden bis zum Entlassungstage einlösbar sind.

2. Mannschaften, die nach der Entlassung vom Entlassungs- tage in geschlossenen Transporten nach der Heimat befördert werden, sind nach Möglichkeit aus Kriegsverpflegungsanstalten zu versorgen.

3. Mannschaften, die vom Entlassungsorte oder vom Endpunkt des geschlossenen Transports ab noch einen Einzelmarsch (mit Bahn oder zu Fuß) zur Errichtung ihres Heimortes zu unterziehen haben, sollen für jeden Reisetag aus Heeresbeständen gegen Bezahlung eine Brotportion von 350 Gramm erhalten. Zur Bestreitung der übrigen Verpflegung dienen die ihnen nach den bestehenden Bestimmungen zu zählenden Marßgebührnisse.

4. Soweit die Entlassenen nicht nach Ziffer 2 aus Kriegsverpflegungsanstalten versorgt werden, erhalten sie bis zum Übergang in die allgemeine Lebensmittelversorgung des Wohnorts auf Anfordern bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Zivilbehörde auf Grund der Entlassungsberechtigung die erforderlichen Lebensmittelausweise zur Beschaffung der Verpflegung oder, soweit Massenspeisungen oder besondere Verpflegungsfesten vorhanden sind, Verpflegung aus diesen. Dabei ist ihnen Brot, das sie gemäß Ziffer 3 aus Heeresbeständen erhalten haben, auf die ihnen zuzuschreibenden Stammpausen anzurchnen.

Auf der Entlassungsberechtigung (Goldbuch) ist zu vermerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben sind. Nach Ablauf von 7 Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in die allgemeine Lebensmittelversorgung ihres Wohnortes aufgenommen sein.

Weiter ist zur Vermeidung von Doppelversorgung angeordnet worden, dass bei der Anmeldung der Entlassenen zur Lebensmittelversorgung im Kommunalverband des Wohnorts auf der Entlassungsberechtigung ein entsprechender untersetzter Bereich zu machen ist.

Zulage an Altersrentenempfänger. Der in Eingaben an die Reichsbehörden und den Reichstag vielfach gewünschte Erhöhung der Empfänger einer Altersrente aus der Invalidenversicherung in den Kreis derjenigen Personen, welche aus Anlass der anhaltenden Besteuerung der Lebenshaltung eine Zulage zu ihrer Rente gewährt wird, ist durch eine Verordnung vom 2. Dezember 1918 eingetroffen worden. Vom 1. Januar 1919 ab erhalten danach die Altersrentenempfänger eine monatliche Zulage von 8 M. zu ihrer Rente. Die Zulage kann in dem einfachen Verfahren, das für die Gewährung der Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente vorgesehen ist, erhoben werden. Die Zulage ist zunächst nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1919 in Aussicht genommen.

Was alles "Volkspartei" bildet. Am Dienstag hat der Lübecker "Konservative Verein" beschlossen, der deutsch-nationalen Volkspartei beizutreten. Zunächst wird die Einberufung der Nationalversammlung verlängert. Ferner wird gefordert: christliche Einigung und Volksvereinigung. Aufrechterhaltung der bisherigen Wirtschaftsordnung. Wiederanrichtung des schwer geschädigten Mittelstandes. Ausbau der Sozialpolitik und Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Freie Bahn für jeden wirklich tüchtigen Deutschen. Gerade die Konservativen haben bisher den wirklich tüchtigen die Bahn verkannt! Deshalb braucht man ihnen nicht zu glauben, dass es ihnen jetzt mit ihrer neuen Forderung ehrenhaft ist. Im übrigen werden sie nach wie vor der Hört der Reaktion sein.

Aushebung des Sparzwanges für Jugendliche. Der Staatskommissar für Demobilisierung hat den Sparzwang für Jugendliche aufgehoben. Lohnabzüge sind nicht mehr zu machen. Das Sparkassenrecht ist dem Jugendlichen auszuhändigen. Doch besteht ein Rechtsanspruch auf die Aushändigung nicht vor dem 1. April 1919. Zur Abschöpfung eines Gutshabens, das nicht mehr als einhundert Mark beträgt, bedarf es keiner Genehmigung.

Wegen wuchernder Überbreitung von Höhstpreisen hatte sich heute Simon Lüdtke, der Inhaber einer kleinen Schuhwarenfiliale, vor dem hiesigen Staatsgericht zu verantworten. Der Angeklagte wird befreit und für Reparationen um 100 M. wiederholt weit höhere Preise gefordert und geahndet zu haben, als er nach den vorge schriebenen Sätzen nehmen durfte. Von ihm wurde, wie das in der Kriegszeit von so vielen Leuten geschehen ist, die Notlage anderer wütigisch ausgebaut. Nach der Beweisaufnahme beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft eine Gefangenstrafe von 1 Monat und 100 M. Geldstrafe. Das Urteil soll am nächsten Dienstag verkündet werden.

Eine stark besuchte Versammlung der Seefahrer, zu welcher der Reichssektionsleiter Paul Müller-Homburg als Referent erschienen war, fand am Freitag, den 6. d. Ms. im Lokale von Ehlers, Untertrave 61, statt. Um die augenblickliche politische Lage anknüpfend, schilderte Redner in großen Zügen die mit dem Zentralverein Deutscher Reeder getroffenen Vereinbarungen und die dadurch den deutschen Seefahrern erwachsener Vorteile. In erster Linie findet eine durchgängige Erhöhung der Heuer um 100 Prozent statt. Die Arbeitszeit darf im Hafen und auf der See 8 Stunden nicht übersteigen und ist der Mannschaft nach beendiger Arbeitszeit unbeschränkter Landurlaub zu gewähren. Auf jedem Schiff ist für die Bordverpflegung eine Kommission bestehend aus einem Offizier und je einem vom Del.- und Maschinenteam zu wählen, die die Aufsicht über Verwaltung und Verwendung des Provisions hat. Ferner soll auf See das deutsche Wagnis eingehalten und eine Reform des Internierungswesens durch Abholzung der Privatunterkünfte getroffen werden. Auch für die Minengefahr und event. Internierung ist durch höhere Versicherung und Weiterzahlung der Heuer an die Familie gesorgt. Ganz einsichtig wurden die getroffenen Abmachungen gut geheißen und ein warmer Appell leitete den Referenten zielstrebig nach viele Aufnahmen für die Organisation.

Über die Zigarettenpreise bringt die "Süddeutsche Tabak-Zeitung" einen Bericht, aus dem wir folgendes wiedergeben: Bisher waren 75 Prozent der gesamten Produktion für Heereslieferungen beschlagnahmt und zwar mussten neun Zehntel in

Sorten zum Fabrikpreise bis zu 120 M. pro 1000 Stück geliefert werden. Die Beschlagnahme ist für den Monat November aufgehoben worden, aber für die folgenden Monate wurde die Erforderung der Lieferungspflichtigen Mengen ausdrücklich noch vorbehalten. Die für November erfolgte Freigabe gestattete den Fabriken, die für das Heer bereitstellten Zigaretten, also Sorten zum Ladenpreise von 15-20 Pf. ihren Händlerlunden zu überlassen; hierdurch findet das neuartliche Angebot dieser Kreislagen im Kleinhandel seine Erklärung, wobei aber zu bemerken ist, dass diese Sorten fast ausschließlich aus inländischen Tabak angefertigt sind. Die veränderte Lage hat aber das Gute, dass die Auswirkungen des auch in Zigaretten nicht auszurottenden Kettenhandels befehligt werden. Trotzdem muss zum Bedauern des Tabakgewerbes noch auf längere Zeit mit hohen Zigarettenpreisen gerechnet werden, da es noch mehrere Monate dauern wird, bis auch nur geringe Mengen Tabak aus den überseeischen Produktionsländern nach Deutschland kommen. Dieser geringen Einfuhr steht eine enorme Nachfrage in ganz Europa gegenüber, so dass für uns momentlich auch bei dem schlechten Stande der deutschen Währung noch auf längere Zeit hohe Tabakpreise erwartet werden müssen; dazu kommt die gewaltige Erhöhung der Löhne und Unlohn bei infolge der Kontingenzerung in einzelnen Umläufen. Andererseits hat schon vor einiger Zeit der Deutsche Tabakverein in der Tagesspalte erklärt, dass Zigaretten in normaler Größe im Preis von mehr als 600 M. pro 1000 Stück, also 80 Pf. Ladenpreis, in das Reich der Phantome gehören, und er hat den Kaufmännern den viel zu wenig begolten Rat gegeben, unberechtigte Preisforderungen sofort den Behörden zur Anzeige zu bringen.

Amtliche Bekanntmachungen in unserer heutigen Zeit betreffen: Allgemeine Bestimmungen über die Ausgabe von Abholkarten für Schwerverarbeiter; Ausgabe von Zuckerkartons für Schwerarbeiter; Verleih mit Pferdesleisch; Verkauf von Pferdesleisch; Haustäschchen von Schweinen; Bezeichnung der Nahrungsmittelstube; Fleischverkauf; Knochenverkauf; Wohnungsmangel; Umstädte; Bereitstellungskassen für die Strassenbahnenarbeiter-Wohnkarten; Verlaufszeit zum Weihnachtsfest.

einen Sac mitgebracht, den er bereits gefüllt hatte, als der Görlitzer Kreuzfeld hinzukam und den Dieb stellte. Es entzündete sich zwischen den beiden Männern ein Kampf, der für den Görlitzer ungünstig auszulaufen drohte. Der kraftige Räuber brüllte Kreuzfeld mit dem Gesicht in die weiche Gertenerde hinein. Es gelang schlecht dem um sein Leben kämpfenden Görlitzer, einen Revolver zu ziehen. Er traf mit dem zweiten Schuss seinen Gegner so, dass dieser tot zusammenbrach. Der Görlitzer ist der früher bei Ar. beschäftigte gewesene Arbeiter Uschberg aus Stade. Neben großer Hammesteine des Stader Bürgermeisters ging seinerzeit eine Meldung durch die Presse, die auch von uns veröffentlicht wurde. Wie uns jetzt von Herrn Bürgermeister Frommhold mitgeteilt wird — der Arbeiters- und Soldatenrat bestätigt das — war die erwähnte Meldung tatsächlich und völlig unbegründet.

Theater und Musik.

Neues Stadt-Theater. „Fannys erstes Stüd.“ Eine Komödie von Bernhard Shaw. Bernhard Shaw, der geistreiche irische Satyriker, gehört der Weltliteratur an. Ihren materialen Inhalten nach vorwiegend gegen die englische Gesellschaft gerichtet, haben seine Stücke ihrer künstlerischen Form nach Anspruch auf Aufführung in jedem Kulturttheater. Diese Selbstverständlichkeit würde selbst dann Geltung haben, wenn der Freiheit und Unabhängigkeit würde sich im Laufe des ungeliebtesten aller Kriege einmal zu einer unfreundlichen politischen Neuerung hätte hinreisen lassen, wovon uns übrigens nichts bekannt ist. Es liegt daher so wenig sachlicher Grund vor, die liberalistische Richtung rogen der Wahl dieses noch dazu durchaus nicht englandsfreudlicher Stüdes zu tadeln, als jemand zur Zeit der Stimmungshochconjunktur auf die Idee gekommen ist, die Oberste Heeresleitung anzugreifen, weil sie auf feindlichem Boden die Aufführung „Reindlicher Ausländer“ wie Bacht und Thomas duldet. Im Reiche der Kunst gibt es keine politischen Landesgrenzen, für welche Wahrheit allerdings schon der alte Goethe böse Beschimpfungen hat einstecken müssen.

Die Dienstag-Aufführung der witzigen Komödie, in der sich der Sohn und die Tochter seines Teilhabers einer recht bürgerlichen Firma auf Grund ihres recht unbürokratischen Erlebens, nämlich eines 14-tägigen Aufenthaltes in „Nummer Sieben“ zusammenfinden, war vor trefflich.

Von den Damen sind Mira Schulz und Martha Ecke als temperamentvolle Kämpferinnen einer „anderen“ gegen die bürgerliche Welt zu nennen. Ebenso verdient Eva Alice Cron in der Rolle der Fanny als Dialogpartnerin volle Anerkennung. Von den Herren bat sich Herr Hollriegel in der tödlichen Gestaltung des alten Herrn Gilby befreit und hervor. Wolf Ziegler glänzte wieder als Sprach. Die vielfach misverstandene ganz in Ironie getraute „Lobreda“ auf England hieß Leni in eindrücklicher Form. Die Spielleitung hatte gut gearbeitet. J. B. Steinbömer.

Das dritte Symphonie-Konzert des Vereins der Musikknechte brachte die hier bisher nicht zur Wiedergabe gelangte sechste Symphonie (D-dur) von Beethoven, ein tiefes, ernstes Werk, dessen reiche klangliche und melodische Schönheiten die Hörer ergriffen und erheben. Dr. Göhler als Dirigent hatte der Symphonie seine aus dem Herzen quellende Begeisterung geschenkt und auf ihre Aufführung die größte Sorgfalt verwendet, wobei er die treffliche Unterstützung beim Orchester fand. Beethovens herrliche Crotola-Symphonie, die wunderbare Huldigung menschlichen Heldentums, deren erschütternder Trauermarsch zu ragender Größe erwartungsvoll, bildete den zweiten Teil des weitholzten Konzerts.

Genoffe Nachrichen.

Die Arbeiter- und Soldaten-Räte in der neutralen Zone. Frankfurt a. M., den 11. Dezember. Der Chef des Generalstabes im Großen Hauptquartier, Oberstleutnant Wehren, erläutert folgende Bekanntmachung:

Die Entente hat sich das Kontrollrecht in der neutralen Zone vorbehalten. L. u. S. - Räte werden von ihr nicht gebuldet. Sie sind daher in der neutralen Zone aufzuzeigen. Die Mitglieder der L. und S. - Räte, die von der Entente in der neutralen Zone betroffen werden, müssen gewarnt sein, von der Entente verhext zu werden. Unter Hinweis auf die vorhandenen Bestimmungen der Obersten Heeresleitung werden alle L. und S. - Räte in der neutralen Zone hiermit aufgesondert, vom 12. Dezember ab ihre Tätigkeit einzustellen und ihre Funktionen wieder den zuständigen Behörden zu überlassen.

Briefkassen.

Arbeiter-Jugend. Das Monatsprogramm scheint leider verloren zu sein. Bitten es erneut übermitteln zu wollen.

Quittung.

Für den Breitbands gingen ein:
A. B. 5.— M.
L. B. 10.—

Für den Wahlfonds gingen ein:
A. L. Hanfstr. 10.— M.

Das Parteisekretariat

Berantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kein Ball. Der für Sonntag, den 15. d. Ms. angelegte Ball der Fliegenschule in der Stadthalle kann, wie man uns mitgeteilt erfuhr, aus dienstlichen Gründen nicht stattfinden.

* Als Schleichtandlerlager wurden gestern die Geschäftsräume eines in der Großen Gröpelstraße wohnhaften Wild- und Geflügelhändlers ermittelt. Eine Durchsuchung der Räume förderten 230 Pfund Schweinesleisch, 14 geräucherte Mettwürste und 14 Pfund Butter zutage.

* Hühnerdiebstahl. In der Nacht zum 10. d. M. sind von einer Hofsiedlung in Oberbüttel 31 Hühner und 2 Hähne gestohlen worden. Die Tiere sind von dem Täter an Ort und Stelle geschlachtet worden. Bei dieser Gelegenheit sei gleich vor dem Anfang von solchen geschickten Hühnern gewarnt denen der Kopf fehlt, da dieses in der Regel auf Diebstahl schließen lässt.

* Kiel. Die englische Besichtigungskommission aus dem Linientor „Hercules“ und zwei Zeichörern ist in Kiel eingetroffen. Die Garantie-Erläuterung der Reichsregierung lautet: Die Sicherheit und Unverletzlichkeit der Mitglieder der Militär-Kommission und der Vertreter der Vereinigten Staaten ist durch die Regierung im ganzen deutschen Gebiet garantiert. Alle Vertreter und Organe der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden des Heeres und der Marine werden erfuhr, ihnen jeden Status und jede Förderung der ungehörten Ausübung ihrer Tätigkeit angehören zu lassen. — Die Reichsregierung. Ebert. Haase.

Kiel. J. K. der Notwehr getötet. In Südkiel war ein Mann dabei, Säcke von einem Garten zu schleppen. Er hatte

Gr. Versteigerung

am Sonnabend, dem 14. Decbr., vorw. 10 Uhr
Hochstr. 71, direkt an der Straßenbahn.

3 Waggon, ca. 36-40 000 kg. ungel. Salf
ferner

4 Waggon, ca. 50 000 kg. gelöschten Salf
leichter als Düngemittel vorzüglich geeignet (6741)

Albert Mohrmann
Auktionator und Taxator,
Kontor: Mühlstraße 52.

Groß Portemonnaie gef. Abauh
Sedanstraße 16a.

„Vorwärts“
Lederwaren Adresskalender
2.50 Mk.

F. Frankel
Bürostraße 54
Friedr. Meyer & Co.
Johannistraße 46

Tannenbäume

in größter Auswahl vom 14. d. Ms. an der Burgtorbrücke und
Bauerhofstr. 12. (6738)

Weihnachts-Bäume
in großer Auswahl.

Suckstorff, Stockelsdorf.

Abensboder Str. 15. (6739)

Mehr Licht
gibt die

A. - u. S. - Batterie

für Taschenlampen

Elektrochemische Fabrik

Paul Reichardt,

Berlin SW., Hollmannstr. 92. (6649)

Schlafzimmer

komplett mit Matratzen

Satin 950.00, Birke 100. — 1250. — 1450. — 1700.

weiss lack. 1600. — echt Eiche 2000. — 2400.

Wohnzimmer, kompl. 740.

Esszimmer, „ 860. — 910. — 1430. — 1500.

Herrenzimmer, „ 1050.

Küchen „ 400.

Paul Butenandt, Möbelhaus

Lachsweg-Allee 3. (6701) Telefon 1700.

Öffentliche Versammlung der Deutschen demokratischen Partei

am Sonntag, dem 15. Dezember 1918, 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags, im Hansa-Theater.
Rednerin: Dr. Gertrud Bäumer, Hamburg.

Umsatzsteuer.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für Erzeugnisse im Monat November ds. Jrs. sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats Dezember ds. Jrs. schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Vordrucke können im Steueramt, Zimmer Nr. 11, kostlos entnommen werden. Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Lübeck, den 3. Dezember 1918. (6699)

Das Umsatzsteueramt.

Aus dem Heere oder der Marine entlassene und bisher zurückgekehrte Offiziere und Männer werden erlaubt, sich zur Regelung der Besteuerung alsbald im Steueramt, Zimmer Nr. 1 links im Erdgeschoss, unter Vorlehung ihrer Militärgaspire zu melden. Die Meldung kann auch schriftlich unter Angabe der jüngsten Wohnung erfolgen. Nur durch die rechtzeitige Meldung werden spätere Nachzahlungen vermieden.

Lübeck, den 7. Dezember 1918. (6700)

Die Steuerbehörde.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 18.-16. Dezember 1918 werden in der Nahrungsmittelverteilungsstelle, Schüsselkuden 18, II, montags von 9-1 und 3-5 Uhr (Sonnabend nachmittag geschlossen) an hilfende Mütter und an schwangere Frauen vom 6. Monat ab Bezugsausweise für

ein Pfund Käse

ausgegeben. Stillschein bzw. Schwangerschaftsbereinigung sind vorzulegen!

Lübeck, den 11. Dezember 1918. (6728)

Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bis zum 31. Dezember 1918 sind noch folgende Schlachttage für Hausschlachtungen von Schweinen vorgesehen:

Mittwoch, d. 18. Dezember

Donnerstag 19.

Freitag 20.

Sonnabend 21.

Montag 22.

Dienstag 23.

Die Schlachzeiten sind von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.

Lübeck, den 10. Dezember 1918. (6716)

Die Verwaltung des öffentl. Schlachthofes.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Mitglieder in der Provinz Lübeck, die den Konsumverein, ihr eigenes Geschäft unterstützen wollen, bitten wir, sich in die Kundenliste unserer in der Provinz Lübeck belegenen Warenabgabestellen eintragen zu lassen.

Es können sich jetzt wieder alle, auch die nicht am Orte der Abgabestellen wohnenden Mitglieder, bei uns eintragen lassen.

Nur wer bis zum 24. Dezember in die Kundenliste eingetragen ist, kann für die Folge die Waren von uns beziehen, darum darf auch keiner fehlen.

Der Vorstand.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Nachdem die am 11. Dezember stattgefunden Generalversammlung die diesjährige Bilanz genehmigt hat, erfolgt die Auszahlung der

3 Prozent Rabatt

für im Geschäftsjahr 1917-18 entnommene Waren am Freitag, dem 13., Sonnabend, dem 14., Dienstag, dem 17. u. Mittwoch, dem 18. Dezember während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Markenablieferung erhaltenen Quittung.

Die Auszahlung des Rabatts kam in den Lübecker Abgabestellen, der Warenverteilung wegen, am Montag, den 18. Dezember nicht stattfinden, die Auszahlung erfolgt also nur an den angeführten vier Tagen. Wir bitten die Mitglieder dringend, dies zu beachten, damit Verzögerungen vermieden werden.

Zu Kinder unter 12 Jahren wird nicht ausbezahlt.

Der Vorstand.

Im Speicher des Kaufmanns E. Franck, Gutiner Straße, werden in den nächsten Tagen

gelbe Wurzeln (Möhren)

abgegeben. (6748)
Schwartzau, 12. Dez. 1918.
Der Stadtmagistrat.
Franck e.



AllArbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (6695)

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab-Sparv. Lübeck.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

sämtlicher bei den Weinhändlern beschäftigte, Kutscher u. Lagerarbeiter

am Freitag, den 13. Dezember

abends 7 Uhr im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52

Tagesordnung:
Beispielen der Wohn- und

Arbeitsverhältnisse.
Das Erscheinen sämtlicher, in der Branche arbeitenden Kollegen ist erforderlich.

6749) Der Vorstand.



Versammlung

am Freitag, dem 13. Dezember

abends 8 Uhr im Vereinslokal, Hansestr. 41.

Zu dieser Versammlung sind die bereits zurückgekehrten Geöffneten, sowie die Fußballspieler besonders eingeladen.

6751) Der Vorstand.



Monatsversammlung

am Sonnabend, d. 14. Dezember

abends 8 Uhr pünktl.

im Vereinslokal, Lindenstr. 13.

Auszahlung des Garantiekontos.

Wichtige Tagesordnung.

Gäste willkommen!

6757) Der Vorstand.



Die Versammlung findet

montags abends 8 Uhr statt.

am Sonnabend, 14. Dezember

abends 8 Uhr statt. (6714)

Bilderleisten einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlung,
Fleischhauerstr. 95. Fernruf 2808.

Allgemeine Postkartenfassie

in Lübeck.

Ordentliche Ausführung der Berichte

Sonnabend, d. 21. Dez. 1918.
abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
in Knorr's Restaurant,
Klingenberg 2.

Tageordnung:

1. Erledigung des Vorschlags für das Verwaltungsjahr 1919.
2. Wahl des Rechnungsaus-

auschusses für die Prüfung der Rechnung des Jahres 1918 und des Vorschlags für das Jahr 1919.

3. Sanktionsänderung aus Anlaß der Verordnung über die Ausdehnung der Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung in der Krankenversicherung vom 22. 11. 1918.

4. Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenfürsorge für die Angestellten und deren Witwen und Waisen bei der Kasse, sowie Änderung der Dienstdisposition.

5. Sonstige Kasinangelegenheiten (Mitteilungen des Vorstandes).

Bei Behinderung des Ausschusmitgliedes wird der Vertreter zugelassen, wenn dies spätestens 3 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt wird.

Die Erwähmänner der Ausschuvertreter können der Versammlung als Zuhörer beitreten.

Lübeck, d. 11. Dez. 1918.

Der Vorsteher des Vorstandes

6749) Joh. Körner.

6727) Die Ortsverwaltung.

6727) Carl Maas, Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein.

3. Distrikt.

Böttcherstr., Breite Straße 1-28 u. 2-34, Ellerbrook, Fischergrube, Gr. Riesau, Aufmarschmiedestr., Schwönenquerstr., Untertrave, Altheide, Gr. u. Kl. Altefähre, Engelsgrube, Engelsplatz, Peter-aliens, Gr. u. Kl. Burgstr., Geibelplatz, Gr. u. Kl. Gröpelgrube, Kaiserstr., Kanalstr., Rosenpforte u. Rosenstr., Wakenitzmauer 1-9 und 2-80.

Freitag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr
Versammlung im Gewerkschaftshaus.
Emil Rose, Distriktsführer.

6. Distrikt.

Charlotten-, Friedrich-, Geniner Straße, Kastorstr., Kronsforde-Allee, Sophien-, Hirtens-, Kohlhöftstraße (25 und 32 ff.), Feld-, Vorader Straße, Trendelenburgstr.

Sonnabend, den 14. Dezember, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
Versammlung bei Hagelstein, Geniner Straße
Heinr. Schwartz, Distriktsführer.

9. Distrikt.

Adler-, Geyer-, Klappens-, Segeberg-, Wickele-, Marien-, Neifer-, Glogin-, Friedens-, Broling-, Kerkring-, Stiten- u. Warendorffstr. (1-21 a u. 2-36), Waisenhofstr. (17 u. 18 ff.), Schwartauer Allee bis zur Gloginstr.

Sonnabend, den 14. Dezember, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
Versammlung im Waisenhof, Fackenb. Allee
H. Puls, Distriktsführer.

10. Distrikt.

Brockesstr., Schwartauer Allee von Gloginstr. bis Wilhelmshöhe inkl. Dröge-, Warendorffstr. von 28 u. 38 ab, Ludwig-, Einfelder-, Einsegel-, Hoch-, Josephinen-, Karl- u. Trittfstr., Bei d. Lohmühle 8-27

Freitag, den 13. Dezember, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
Versammlung im Polierkrug.
6727) Carl Maas, Distriktsführer.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsatelle Lübeck.

Bauklomper Versammlung

am Freitag, dem 13. Dezember

abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission über die Verhandlung mit der Innung.

Da hier wichtige Beschlüsse gefasst werden sollen, ist es Pflicht eines jeden in dieser Versammlung zu erscheinen.

6732) Die Ortsverwaltung.

6732) Der Vorstand.

6732) Die Ortsverwaltung.

Aus der Sozialisierungskommission.

Die Kommission für Sozialisierung betrachtet es als ihre Aufgabe, jene Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die Leitung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft zu bewirken. Sie ist sich bewußt, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Die erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisationen bildet die Wiederbelebung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels. Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftszweige die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Ebenso erfordert die Instandsetzung der Industrie die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Zirkulationskredits und die damit ungehörte Funktion der Kreditinstitute. Im Interesse unserer Lebensmittelversorgung wird auch nicht vorgeschlagen werden, in die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse der häuslichen Bevölkerung einzugreifen. Hier soll durch den Landwirtschaftsminister angepaßte Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und die Intensivität gesteigert werden.

Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaft verhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen, insbesondere muß der Gesamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe, wie Kohle und Eisen zustehen. Es soll geprüft werden, welche andere Zweige der Produktion und Kraftgewinnung infolge der erweiterten Konzentration geeignet sind, in die Gemeinwirtschaft übergeführt zu werden und welche Wirtschaftszweige ihrer Natur nach, wie z. B. Versicherungswesen und Hypothekenbanken, für die Sozialisierung in Betracht kommen.

Die Kommission ist ferner der Ansicht, daß es von der Natur der Wirtschaftszweige abhängt, welche Maßnahmen für die Sozialisierung am geeigneten erscheinen und ob sie Verfügung dem Reich und den Kommunen oder anderen Selbstverwaltungsbörsen zustehen soll, oder ob für die einzelnen Produktionszweige eine Ausdehnung der Eigenproduktion der Genossenschaften das geeignete Mittel der Ausgestaltung des kapitalistischen Profits darstellt. In gleicher Weise werden auch die Mittel der Sozialisierung je nach der Natur der Wirtschaft zweige festgestellt. Neben der vollen Übernahme können noch andere Formen der Beteiligung und Kontrolle durch die Gesamtheit in Betracht. Die Kommission glaubt, daß die bisherigen Besitzer für die Übergabe ihrer Betriebe durch die Ablösungsrenten entschädigt werden sollten, damit die Härten der Ungleichmäßigkeit in der Heranziehung des Besitzes zu den Aufgaben der Gesamtheit vermieden werden. Es unterliegt dann der politischen Entscheidung, in welchem Umfang, vor allem auf dem Wege der Vermögensabgabe und Beziehungsteuerung die allgemeine Heranziehung der gesamten bestehenden Klassen erfolgt. Die Kommission ist gewillt, von dieser allgemeinen Grundlage aus ihre Arbeit zu unternehmen und mit aller Beschleunigung ihre Vorschläge für die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu erstatten.

Beförderungsgerüste des Kriegsmaterials.

Folgende zwei Erklasse werden bekanntgemacht:

Die vom Feld- und Besatzungsheer zur Entlassung kommenden Mannschaften, die während des Krieges trotz Freiheit und Tüchtigkeit aus dienstlichen Gründen zu einem höheren Dienstgrad befördert werden konnten, dürfen im Hinblick auf Abgang B XIII Ritter 11/2 — S. 39 — der R. Bef. best. bei ihrem Auscheiden durch den zuländigen Truppenvorzeichen

unter Gegenzeichnung des Soldatenrats zum nächsthöheren Dienstgrad überzählig befördert werden. Bei diesen Beförderungen muß unter Beachtung der Anzahl der Kriegsjahre und hervorragender Leistungen in erster Linie die schwerverwundeten, demnächst die nicht mehr wehrfähigen und schließlich die Mannschaften der älteren noch dienstfähigen Jahrgänge zu berücksichtigen. Im allgemeinen dürfen von der in der Spalte „Kopfzahl“ der Stärkenachstellungen vorgegebenen Stärke an Unteroffizieren und Gemeinen (auschließlich Unterbeamte) der betreffenden Formation befördert werden: 75 Prozent der Jahrgänge 1870 bis 1880, 50 Prozent der Jahrgänge 1881 bis 1890, 25 Prozent der Jahrgänge 1891 bis 1897, 10 Prozent der übrigen Jahrgänge.

Bereits zur Entlassung gesetzte Mannschaften dürfen noch in Anhöhung ihres letzten Truppenteils innerhalb der für diesen in Betracht kommenden Prozentzahl durch die zuständigen Bezirkskommandeure unter Gegenzeichnung des Soldatenrats zu überzähligen Dienstgraden befördert werden.

Der Kriegsminister.

Scheich.

Der Unterstaatssekretär.

Göhre.

Neubeförderungen (Neuerennungen). Beförderungen zu höheren dienstfähigen (überzähligen) Dienstgraden. Beförderungen nach der Dienstzeit und Beförderungen (Ernennungen) wegen Auszeichnung vor dem Feinde, sowie Bestellungen von Mannschaften zu Beamtenstellenvertretern haben bis auf weiteres zu unverbleiben. — Gewährungen der höheren Dienstgrade bleiben nach der Dienstzeit an Unteroffiziere und Sergeanten sich durch den zuständigen Truppenvorzeichen (§. 89 der Anlage 6 zur R. Bef. Bef. Bef. Bef.) unter Gegenzeichnung des Soldatenrats auszusprechen.

Die Auszahlebestimmungen über Beförderung der zur Entlassung kommenden Mannschaften zu überzähligen Dienstgraden werden hierdurch nicht berührt. Für das Personal der freimilitärischen Krankenpflege gelten diese Bestimmungen sinngemäß.

Der Kriegsminister.

Scheich.

Der Unterstaatssekretär.

Göhre.

Wirtschaftliches.

Die Arbeitslosen und die Kohlenförderung.

Seit einigen Wochen ist in den deutschen Großstädten die Arbeitslosigkeit außerordentlich gestiegen. Allein in Berlin wird die Arbeitslosenziffer auf 40 bis 50 000 geschätzt. Auf der andern Seite fehlt es in den Kohlendistricten, in Oberösterreich und im Ruhervier, seit langer Zeit an Arbeitskräften. Von den einsätzigen Stellen der Reichsleitung sind nur Verluste gemacht worden, die Arbeitslosen für die Arbeit in Kohlenbergwerken zu interessieren. Dabei hat man einen Widerstand bei den Arbeitslosen gefunden, wie man ihn in dieser Einheitlichkeit wohl kaum hätte erwarten sollen. Das Netzwerk der Arbeitslosen gegen die Arbeit in Kohlenbergwerken zu bewahren. Sie sieht sich dazu gezwungen, weil sich der Kohlemangel in Deutschland, je länger er dauert, zu einer deso größeren Katastrophe auswölbt. Die Soziale hat neben der rein wirtschaftlichen auch eine finanzielle Seite. Den Arbeitslosen in den Großstädten muss Arbeitslosen-Unterstützung gezaubert werden. Die Unterstützung zu ziehen, wenn es an bestimmten Stellen an Arbeitskräften reicht, ist jedoch ein finanzielles und ökonomisches Unding. Die Arbeitslosenunterstützung hat die Bereitwilligkeit der Arbeitslosen, eine sich bereitende Arbeit anzunehmen und auszuführen, wenn er dazu physikalisch in der Lage ist, zur Voraussetzung. Die jetzige Regierung bringt für jede mögliche Sichtung des Bergwerksbetriebes, und die ehemals bestehenden Verhältnisse geben die Gewalt für angemessene Behandlung und ausreichende Entlohnung.

Die Verluste der Welttonnage während des Krieges.

Die Verluste der Welttonnage während des Krieges betragen nach einem englischen Weißpapier 13 055 786 Tonnen. Der Zu- und Abtransport durch Neubau 10 845 327, durch Erbautung und Bezugung 1 672 673, zusammen 13 212 292 Tonnen. Der Nettoverlust betrug 1 511 584 Tonnen. Die entsprechenden Zahlen für britische Schiffsverluste mit Anholung der Übertragung von Schiffen unter britischer Flagge sind: Verlust 9 021 223; Zusätzlich durch Neubauten in dem vereinigten Königreich 4 842 296, durch Kauf im Ausland 530 000, durch erbeutete feindliche Tonnage 716 520, zusammen 5 588 816 Tonnen. Der P. Verlust betrug 3 443 412 Tonnen. — England verlor 275 Handelsfrachtschiffe und 870 Frachtfahrzeuge.

Geheimer Kommerzienrat August Benckle in Grauden stellte seinen ganzen Betrieb zwecks Sozialisierung seiner Arbeitsschafft zur Verfügung. Nach einer Meldung der Danziger Zeitung beschlossen die Arbeitnehmer dieses Angebot abzulehnen.

Soziales.

Arbeiterentlassungen bei Krupp. In einer Versammlung Kruppischer Arbeiter wurde mitgeteilt, daß bisher ungefähr 50 000 Arbeiter entlassen worden seien und weitere Entlassungen bevorstünden. Die Versammlung nahm einen Entschluß an, bei der Firma zu beantragen, verheiratete Arbeiter weiterbeschäftigen, bei Amtsdienst eine mindestens sechswöchentliche Abwendungsfrei zu gewähren.

Arbeiterausschüsse bei den preußischen Staatsforstverwaltungen. Das preußische Landwirtschaftsministerium hat Anmeldung gegeben, daß die den preußischen Staatsforstbeamten beschäftigten Waldarbeiter Arbeiterausschüsse wählen sollen. Diese Ausschüsse werden bei der zukünftigen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in den Staatsforsten entscheidend mitwirken.

Mit den Arbeitern und Angestellten der Landesgesellschafter ist ein Tarifvertrag eingeführt. Sie waren bisher nur vom Wohnwollen der Betriebsdirektoren abhängig.

Der Auszug der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten befaßtigte sich mit der Frage, durch welche Mittel am wirksamsten der drohenden Masseneinfälleppung der Geschlechtskrankheiten in die breiten Volkschichten gestutzt werden könne. Durch Vermehrung der Fachabteilungen an den städtischen Krankenhäusern, durch Einrichtung von öffentlichen Sprechstunden, durch eine verstärkte Haftaufsicht sowie durch Einführung der Familienversicherung sollen die Gelegenheiten zur Behandlung vermehrt und erleichtert werden. Eine großzügige Auflösungsarbeit, die sich an alle Volkschichten wenden soll, wird gemeinsam mit allen Landesversicherungsanstalten, den Krankenassen, Zivil- und Militärbüroden, den Arbeiter- und Soldatenräten sofort ins Werk gesetzt werden. Notwendig ist ferner eine schleunige Umgestaltung der Überwachung der Prostitution. Schon vor der endgültigen Regelung der ganzen Materie durch die Nationalversammlung sollen die Anstands- und ordnungspolizeilichen Auszahlebestimmungen sofort befehligt, die Sittenpolizei soll überall in ein reines Gefundheits- und Pflegeamt umgewandelt werden. Reich und Bund-Staaten haben bereits mit Unterstützung der Landesversicherungsanstalten eine großzügige Alterswertsleistung geleistet. Es sollen in Stadt und Land alle Geschlechtskranken so weit möglich ermittelt und unentgeltlich behandelt werden.

Aus Nah und Fern.

Ein Kriegsbild. Unter den zahlreichen Frauen, die sich vor einer Brüderlichkeitshandlung in Magdeburg anstellen, befand sich ein etwa 10jähriger Junge, der wegen seiner geradezu janusköpfigen Kleidung auffiel. Kurz und nur mit einem dünnen mittelähnlichen Stielzeug bekleidet, machte er einen so erbärmlichen Eindruck, daß er selbst bei den Pferdesleuten laufenden Frauen allgemeines Interesse erweckte. Auf mehrfaches Befragen gab der Junge an, er hätte noch sieben Geschwister zu Hause. Die Mutter sei tot und der Vater im Lazarett. Da diese Angaben bestätigt werden konnten, wurde sofort an Ort und Stelle eine Sammlung veranlaßt, wobei von den Vermüten der Frauen 14,00 Mark einkamen, die der Junge spontanisch seinem Mutter brachte.

Untergang eines Kreuzfahrers. Nach einer Meldung des „Journal des Débats“ wurde ein französischer Kreuzfahrer, der in dem oberen Teile des Mittelmeers manövrierte, von Sturmeingeschlagen und zerstört. Der Kommandant des Fahrzeuges, die Offiziere und die gesamte Mannschaft des Kreuzfahrers sind ertrunken.

Plünderungen in Russland. In Russland in Sachsen kam es zu umfangreichen Plünderungen. Die Polizei und Volkswehr waren völlig ohnmächtig gegen die tobenden Massen. Soldaten vermischten den Plünderungen keinen Einhalt zu tun. Es wurden Gerichte und Maschinengewehre in Tötigkeit gelegt und bis an die späten Abendstunden Wahl gefestigt, wobei die jetzt dort Tote und Verwundete liegen zu verstreuen sind. Die Zahl der Verstümmelten ist sehr groß. Bis 11 Uhr nachts dauerter die Plünderungen an. Auch in dem beschädigten Südbauwiesen kam es zu Plünderungen, bei denen das Militär von der Polizei Geprägt machen mußte. Mehrere Personen wurden verletzt.

Mutterfreuden. „Und wollt Ihr nun zeigen, daß es mit meinem Räuber zum Krieger kommen soll?“ fragte er heiter. „Bald!“ riefen die Jünger zusammen, wenn der Bauer sie einholte vom Hof fortgejagt. — Sie hat ja doch keinen Menschen weiter auf der Welt als mich und — „Euu!“ sagte er dumpf.

Mit großen, zweifelnden Augen sah die Bäuerin den jungen Mann fragend an. „Ach, saget mir.“

„So ist.“ nickte er. Sie verdrückte Euu vom ganzen Gesicht. — Und nun verzieht Euu leichter einmal in die rechte Schulter. Weißt du darausgehoben ins Kind und verlösch von den Menschen, nicht wie in ihrer Niederkunft endgehen. Keine mittleren Speie führen dich um die. Könnte es einen blutigeren Tod an der westlichen Welt geben als solche Mutterfreuden?“ Dafür war er verantwortlich in das wir als Stein gehauene, unberührte Gesicht der Bäuerin.

Aber nur ein kalter Bild trat ihr aus den grauen Augen. „Ja, mich will nicht fern in anderer Leute Sacken!“ war es schwierig aus ihrem Mund. „Dabei schaue sie ihr Stricken nicht in Bewegung, als wenn es damit die größte Sache hätte.“

Wie plötzlich irrten seine Augen durch die Stube von einem Gegenstand auf den andern, als wollte er von irgendwoher etwas Reizendes haben. Da hasteten seine Blüde auf die kleine buntbemalte Wiege, welche etwas hinter den Gardinen hervorlugte. Ein zitternder Glanz durchschien sein Gehirn, und seine Stimme eine weiße Angstfurcht gebend, fragte er: „Welt!“ Er kannte nicht, was da, wie es einer Mutter zunächst war, wenn die Stunde herannahm. Wo sie einem kleinen Leben das Leben schenkt? — Hört Ihr wie in Euren Leben so etwas wie Mutterfreuden gekommen?“

Bei dieser plötzlichen, als ob im Herzen kriechenden Freude auf das Erstlingskind in ihren Sack- und angstvoll sah sie den Prageren an. „Hört auf! — Hört auf!“ flehte sie. „Du sagst nicht! — O, das tut mich!“

Doch während er wortlos sah, fuhr er fort: „Hört Ihr wie ein seltsamer Wind Euer Leben genannt?“ Hört Ihr nicht auch eine Stimme in warmen Herzen geföhrt, was Mutterfreuden sind? — Du sprichst o. Wie das kann?“

Ein süßliches, helles Kind läuft bei jedem Worte ihrer Mutter. Die Augen verloren allmählich den starken Ausdruck und in ruhiger, verträglicher Stimme sagte sie: „Werum reicht Ihr aus Munden wieder?“ Werum packt Ihr mein Herz so, daß es bei vermeintlichen Stellen? „Wer wollt wissen, ob mein Kind Mutterfreuden gesucht habe? Nun denn, wüßt' ich, habe durchlest, was nur ein Menschkind verstecken kann.“

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

6. Fortsetzung.

Wie er so plötzlich vor der Bäuerin stand, schien ihm seine Kehle wie zugeschnürt zu sein. Fast langsam und stotternd kam es von seinen Lippen:

„Verzeiht mir, Bäuerin, wenn ich zu so ungewohnter Stunde komme, um Euch eine Bitte vorzutragen.“

In dem Halbdunkel schien es Röder, als wenn die Augen der Bäuerin in einem hellen Phosphorescenz erstrahlten und in leiser Seele lesen wollten.

„Wer seid Ihr?“ fragte sie sacht.

„Ich bin der Schnedegesell Röder, der Bräutigam von der Bärt.“ entgegnete er, schaute etwas festler werdend.

Sie nickte darauf lächelnd. Dann, ihm den Rücken lehrend, sagte sie im Vorwärtschreiten kurz:

„So kommt!“

Klopfsenden Herzens folgte er nun der Bäuerin in die Wohnung.

Eine kleine Tischlampe, deren Kippel mit einem alten verblaschenen Papierhirm bedekt war, verbreitete ein eigenartlich gedämpftes Licht über alle Gegenstände in der Stube. Das Mobiliar atmete jene feste, gediegene Sicherheit, wie man sie nur auf dem Lande noch vorfindet. Alte und Stütze, wie auch die großen Bettstellen mit den kurzen Kopfenden vor den großen Drüben davor, waren aus schwerem Eichenholz gearbeitet. Sämtliche Möbel verbergen sich von Generation an Generation und behalten dabei doch einen dauernden Wert, weil sie tatsächlich unverzerrlich sind. Der Bauer sieht eben nicht auf Eleganz oder Bequemlichkeit bei seinen Sachen, sondern auf die Sicherheit und Festigkeit kommt es an. Der hintere Teil der großen Wohnküche war durch einige gehämmerte Vorhänge, die an beiden Seiten zurückgeschlagen waren, abgeteilt, hinter denen die beiden derben Bäuerinnen, sowie eine kleine Bäuerin zu sehen waren.

Die Bäuerin, sich auf einen Stuhl lehnd und das angefangene Strickzeug wieder aufnehmend, deutete dem Eintrtenden kurz auf einen Stuhl ihr gegenüber.

Etwas zaghaft nahm Röder Platz und drückte verlegen hinein. Hat hin und her. Dieser kurze, graue Kopf, Gang war nicht gerade ermutigend auf ihn. Doch die Bäuerin war ihm nun keine leichte Hoffnung, und an sein armes Kind denken, wußt ihm das Blut förmlich zu Herzen und er schöppte neuen Mut.

„Ich habe Euch aufgeführt, Bäuerin, wie ein Dick in Spanien.“ sagte jetzt Röder mit fester Stimme. „Ich wollte und mußte mit Euch sprechen über meine — Bärt.“

Die Bäuerin hatte ruhig weitergesprochen, ohne aufzuhören. Als aber Röder gründet, da haben ihre Augen so fast und gleichzeitig zu ihm auf, daß er sich erschauerte.

„Was geht nicht an?“ fragte sie ruhig.

„Ich habe reut,“ versetzte er bitter. „Es geht Euch eigentlich nichts an. Und doch meine ich, daß es Euch nicht gleichmäßig sein könnte, was aus Bertha wird.“

Es schien, als wenn sie das leichter überhört hätte, denn sie fragte kurz:

„Habt Ihr sie nicht verführt?“ Und dabei hasteten ihre Augen durchdringend auf ihn.

Er lächelte, durch diese plötzliche Frage erheblich Fassung gebracht, zurück auf seinem Sitz hin und her.

„Verführt?“ rotierte er heiter. „Ja, wenn Ihr das verfüht, wenn zwei junge Menschen Kinder sich haben und einander hängen? Ist das eine Verführung, wenn ich den Kind habe, auch für kommende Sitten die Folgen davon gern und soll auf mich zu nehmen und Bertha an meinem Weibe zu ziehen, bald in meine Militärzeit hinter mir hab.“

Er hatte sich dabei warm gerieben und seine Augen leuchteten in gerechter Entrüstung auf.

„Man“ hat genau dasselbe sagen gesagt und es ist doch anders worden,“ meinte sie trocken, wobei ein leichtsagendes Lächeln über ihr Gesicht huschte.

„Sagte ich was?“ überholte sie plötzlich Chirurgie, „dieser ist nicht so toll wie du. Wenn sie einem kleinen Kind das Leben ausmachen.“ Und das sagt ein meiden kann.“ Der Hals lächelte, um Euch zu bitten: „Geht uns einen Tag, Bäuerin, um darüber, um Euch zu bitten.“ Gleichzeitig sah er dabei hinüber zu ihr.

„Sagt, daß ich das?“ fragte sie erstaunt. „Kann Ihr den Tag?“

„Sagte ich,“ setzte Röder bitter. „Wenn es nach mir ist.“

„Sagte ich,“ setzte Röder fort. „Wenn es nach mir ist.“

